Pressemitteilung vom 20. Juni 2022

Hochschulreform in Bayern

Breites Bündnis kritisiert Studiengebühren für internationale Studierende

Am heutigen Montag findet die Sachverständigen-Anhörung des Wissenschaftsausschusses des Bayerischen Landtags zum zweiten Gesetzesentwurf des „Hochschulinnovationsgesetzes“ (HIG) statt. Bayerns Hochschulen sollen künftig die Möglichkeit erhalten, von Studierenden aus dem Nicht-EU-Ausland Gebühren zu erheben.

Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS), der Bundesverband ausländischer Studierender (BAS), der Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi), der freie Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs e.V.), der Landesausschuss der Studierenden der GEW Bayern und die bayerische Landesstudierendenvertretung (LAK Bayern) kritisieren dies scharf: „Mit diesem Schritt erweist Bayern der Bildungsgerechtigkeit einen Bärendienst. Zu den ohnehin hohen Lebenshaltungskosten in Bayern kommt mit den Studiengebühren nach Gutdünken der Hochschulen eine weitere finanzielle Hürde hinzu, die die soziale Selektion noch weiter vorantreibt“, empört sich Vanessa Gombisch, Öffentlichkeitsreferentin des BAS.

Aus Sicht der Verbände gefährde die selektive Erhebung von Studiengebühren die Ziele der Internationalisierung und führe zu Bildungsungerechtigkeit. „Die rein ökonomische Sichtweise auf Bildung führt dazu, dass aus dem Blick gerät, was für einen gesellschaftlichen Wert der internationale wissenschaftliche und studentische Austausch hat. Dies wird durch den vorliegenden Gesetzesentwurf vollkommen untergraben“, so Christiane Fuchs, politische Geschäftsführerin des BdWi.

Der Blick nach Sachsen und Baden-Württemberg zeigt, zu welchen Entwicklungen selektive Studiengebühren führen können. Das ABS hat die Entwicklung der Zahlen ausländischer Studierender seit Einführung der Studiengebühren gegen ausländische Studierende in Baden-Württemberg analysiert: „Im Vergleich zu anderen Bundesländern ist die ohnehin relativ niedrige Zahl ausländischer Studierender in Baden-Württemberg nach Einführung der Studiengebühren nochmals drastisch gesunken“, führt ABS-Koordinatorin Nathalie Schäfer aus. Während sich die Hochschulen in den anderen Bundesländern stets auf Wachstumskurs befinden, seien die Zahlen ausländischer Studierender in Baden-Württemberg seit Jahren rückläufig. Baden-Württemberg habe sich in eine „Abwärtsspirale der De-Internationalisierung“ begeben.

Der fzs kritisiert: „Die selektiven Studiengebühren, die ausschließlich ausländische Studierende aus Ländern außerhalb der EU betreffen, führen zu einem Zwei-Klassen-System im Hörsaal“, so Daryoush Danaii, Vorstandsmitglied des fzs. Gleichzeitig machen alle Verbände deutlich, dass sie sich gegen jegliche Bildungsgebühren verwehren.

Die Art und Weise, wie der Passus zu den Gebühren gegen internationaler Studierende Einzug in den Gesetzesentwurf hielt, wirft aus Sicht der Verbände einige Fragen auf. Lena Härtl, Sprecherin der bayerischen Landesstudierendenvertretung LAK Bayern, moniert: „Nachdem wir gegen das Eckpunktepapier von 2020 Sturm gelaufen sind, wurde im ersten Gesetzesentwurf von der Einführung von Studiengebühren für internationale Studierende abgesehen. Unter fragwürdigen Umständen taucht er jedoch nun wieder auf. Hier drängt

sich der Verdacht auf, dass die stillschweigende Einführung ein Aufsehen der Öffentlichkeit verhindern sollte.“

Die Verbände appellieren an die Landtagsabgeordneten, sich für die ersatzlose Streichung des Art. 13 Abs. 3 Satz 1 Nr. 6 aus dem zweiten Gesetzesentwurf des BayHIG einzusetzen.

Alle Verbände lehnen Studien- und Bildungsgebühren generell ab. Sie sind sozial selektiv und diskriminierend. Gebühren gegen internationale Studierende sind ein Irrweg und stehen Internationalisierung und Initiativen gegen Fachkräftegewinnung entgegen.

Kontakt für Rückfragen:

Christiane Fuchs, politische Geschäftsführerin des BdWi: fuchs@bdwi.de, 0176/34 52 04 53